

PRUDENTIA Pensionskasse AG

Geschäftsbericht 2025

INHALTSVERZEICHNIS

LAGEBERICHT	3
Wirtschaftsbericht	3
Grundlagen der Gesellschaft	5
Ertragslage	5
Finanzlage	6
Vermögenslage	7
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	8
Personalbericht und Sonstiges	16
Betriebene Versicherungsarten	16
Bewegung und Struktur des Bestands an Pensionsversicherungen	17
JAHRESABSCHLUSS	19
Bilanz zum 31.12.2025	19
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2025	22
Anhang	23
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	32
BERICHT DES AUFSICHTSRATES	35
ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG 2026	36

LAGEBERICHT

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Jahr 2025 in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der durch Dekarbonisierung, Digitalisierung, demografische Veränderungen und geopolitische Umbrüche gekennzeichnet war. Das deutsche Wirtschaftsmodell mit einer starken und exportorientierten Industrie und mit globalen Wertschöpfungsketten musste sich durch globale Megatrends mit enormen Herausforderungen befassen. Die Dekarbonisierung erforderte einen Umbau der Energieinfrastruktur und neue Mobilitätskonzepte. Durch die digitale Transformation gewannen die Analyse großer Datenmengen und die Vernetzung von Systemen mit Hilfe Künstlicher Intelligenz zunehmend an Bedeutung. Der demografische Wandel verschärfte den Mangel an Arbeitskräften. Schließlich veränderten der Umbruch der geopolitischen Rahmenbedingungen die regelbasierte Welthandelsordnung und die globale Sicherheitslage. 2025 stieg das Wirtschaftswachstum erstmals nach zwei Jahren wieder. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2%. Dabei zeigten sich Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die konsumnahen Wirtschaftsbereiche spürten die Zurückhaltung der privaten Verbraucher, die unter anderem durch ein steigendes Risiko des Arbeitsplatzverlustes verunsichert waren. Die Bauwirtschaft kam insbesondere im Bereich des Wohnbaus wegen der kräftig gestiegenen Baukosten nicht in Schwung. Lediglich die Wirtschaftsbereiche, die unmittelbar von der steigenden staatlichen Nachfrage profitierten, verzeichneten Auftrags- und Umsatzzuwächse. Dazu zählten die von den staatlichen Investitionen abhängigen Unternehmen im Bereich des Tiefbaus und der Verteidigung sowie die Bereiche der Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Die Inflationsrate veränderte sich im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr nicht. Hierbei verteuerten sich Dienstleistungen überdurchschnittlich, währenddessen sich die Preise für Verbrauchsgüter unterdurchschnittlich entwickelten. Insbesondere der Preisrückgang bei Energieprodukten und Kraftstoffen wirkte sich dabei dämpfend auf die Jahresteuerrate aus. Für das Gesamtjahr 2025 betrug die Inflationsrate gemessen am Verbraucherpreisindex unverändert gegenüber dem Vorjahr 2,2%.

Die Weltwirtschaft befand sich im Jahr 2025 in einem tiefgreifenden Wandel. Geopolitische und geoökonomische Spannungen, Protektionismus und die strategische Nutzung von Ressourcen als machtpolitisches Instrument gewannen zunehmend an Bedeutung, während multilaterale Institutionen und Regelwerke zunehmend herausgefordert wurden. Die Weltkonjunktur war im Herbst 2025 moderat aufwärtsgerichtet. Die globale Industrieproduktion expandierte und der weltweite Warenhandel tendierte trotz der Zollpolitik der USA nach oben. So nahmen die Importe der USA aus China im Vorjahresvergleich zwar spürbar ab, insgesamt legten die Exporte Chinas aber kräftig zu. Ein dämpfender Effekt der US-Zollpolitik auf die Weltwirtschaft hat sich bislang nicht manifestiert, auch weil die Zollerhebungen gegenüber allen relevanten Handelspartnern geringer ausfielen als ursprünglich angedroht. Chinas Wirtschaft wuchs bis zum Herbst 2025 bislang kräftig. Neben der robusten Exportdynamik erfolgte ein immer größerer Teil der chinesischen Fertigung zur Gänze im eigenen Land, wohingegen die Importe anteilmäßig an der Wertschöpfung zurückgingen. Diese Entwicklung machte sich auch im Euroraum bemerkbar. Die europäische Exportwirtschaft litt darunter, dass die chinesische Regierung zunehmend auf die Förderung von Hochtechnologie setzte und so der Wettbewerb auf den globalen Märkten zunahm, während Erzeugnisse aus dem Euroraum in China immer weniger Absatz fanden. Darüber hinaus waren Europas Exporte zunehmend von den Zollerhöhungen betroffen. Im Euroraum nahm die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahr leicht zu. Für das Gesamtjahr erwartet das ifo-Institut einen Anstieg des BIP von 1,4%. Die Inflation verlangsamte sich im Jahresverlauf 2025 deutlich und lag seit dem Frühjahr nahe bei 2%. Für das Gesamtjahr wird eine Inflationsrate von 2,1% prognostiziert. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte ihren Leitzinssatz (Einlagensatz) daher in mehreren Schritten auf 2,0%. Die Fiskalpolitik im Euroraum war insgesamt in etwa neutral.

In den USA fiel der Anstieg der Inflation in Folge der Zollsteigerungen geringer aus als befürchtet, sodass die Zentralbank der USA im September auf die gestiegene Arbeitslosigkeit reagierte und erstmals im Jahr 2025 ihren Leitzinssatz senkte. Im Oktober und Dezember erfolgten weitere Senkungen. Das Zinsband für die Leitzinsen betrug zum Jahresende 3,50% bis 3,75%. Im Gegensatz zu Europa expandierte die Wirtschaft im Jahr 2025 mit einem BIP-Zuwachs von 2,0% etwas stärker. Die Inflation schwächte sich leicht ab und lag im Jahr 2025 bei 2,8%, nach 2,9% im Vorjahr.

Entwicklung der Kapitalmärkte

Das Jahr 2025 stand allgemein weiter im Zeichen einer schrittweisen Lockerung der Geldpolitik in der Eurozone. So hat die Europäische Zentralbank ihre 2024 begonnene Zinssenkungspolitik trotz der geopolitischen Rahmenbedingungen und der unter dem Einfluss der neuen US-Zollpolitik angespannten Märkte im Jahr 2025 weiter fortgesetzt. Bei einer grundsätzlich gemischten Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Eurozone (Wachstumsimpulse kamen insbesondere aus Südeuropa, bei gleichzeitiger Stagnation in Deutschland), führte die Europäische Zentralbank bei zunächst uneinheitlichen, sich zum Jahresende aber stabilisierenden Inflationserwartungen ihre Politik einer monetären Lockerung weiter fort. Mit insgesamt vier Zinssenkungen setzte sich diese bis in den Sommer hinein fort und fand im

Juni mit der vierten Senkung des Leitzinses auf 2,0% vorerst ihren Höhepunkt. In einem etwas anderen Bild zeigte sich hingegen die US-Wirtschaft hinsichtlich der neuen protektionistischen Wirtschaftspolitik deutlich widerstandsfähiger. Nach moderatem Wachstum im ersten Halbjahr verzeichnete sie ab dem dritten Quartal ein deutliches Anziehen der Konjunktur mit robusten Wachstumsraten. Die Inflation blieb somit hartnäckig über dem 2%-Ziel der US-Notenbank.

Entwicklung am Rentenmarkt

Die europäischen Rentenmärkte reagierten auf die Entwicklungen im vergangenen Jahr sensibel. Insbesondere normalisierte sich die zu Jahresbeginn noch inverse Zinskurve hin zu einer steileren Zinskurve mit höheren Renditen im längeren Laufzeitspektrum. So verzeichnete die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf Jahressicht einen Anstieg um 49 Basispunkte auf 2,85%, während die Rendite 1-jähriger Bundesanleihen bei 2,01% lag und damit im Jahresverlauf um 23 Basispunkte sank. Der 10-jährige Swap-Satz notierte zum Jahresende 2025 hingegen mit 2,92% um etwa 56 Basispunkte höher als zum Jahresbeginn. Die Kreditrisikoaufschläge sind im vergangenen Jahr nach Ankündigung der US-Zollpolitik zwischenzeitlich deutlich angestiegen, konnten sich zum Jahresende aber wieder einengen, so dass per Saldo im Jahresverlauf ein moderater Anstieg zu verzeichnen war.

Entwicklung am Aktienmarkt

Ähnlich wie die Rentenmärkte waren die neue US-Zollpolitik und die geldpolitischen Entscheidungen der Notenbanken die bestimmenden Faktoren für die sehr volatile Entwicklung der globalen Aktienmärkte. Teile des US-Aktienmarkts im Technologiesektor wurden zwar vom Thema Künstliche Intelligenz getrieben, jedoch blieb der US-amerikanische Gesamtmarkt aufgrund von Sorgen über eine Abschwächung der Nachfrage hinter anderen Aktienmärkten zurück. So wies der S&P 500 im Jahr 2025 mit 16,4% die geringste Wertentwicklung unter den großen Aktienmärkten auf. Der europäische Aktienmarkt konnte unter dem Einfluss der Zinssenkungen der Europäische Zentralbank das Jahr auf historischen Höchstständen abschließen. Gemessen am EURO STOXX 50 Index legte der Markt um 18,3% zu. In anderen Regionen der Welt konnten die großen Aktienindizes deutlicher zulegen. Den höchsten Anstieg verzeichneten die Aktienmärkte der Schwellenländer, wobei sämtliche Regionen hohe Erträge verzeichneten. Der MSCI Emerging Markets Index legte im Jahresverlauf um 30,6% zu.

Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) erwartet für die Branche ein deutliches Beitragsplus für das Geschäftsjahr 2025. Alle Geschäftssegmente der Versicherungswirtschaft tragen zu dieser Entwicklung bei. In der Lebensversicherung wirken sich die positiven gesamtwirtschaftlichen Faktoren im Einmalbeitragsgeschäft auf das Beitragswachstum aus. In der Schaden- und Unfallversicherung wird mit inflationsbedingten Beitragssteigerungen gerechnet. In der Privaten Krankenversicherung werden deutliche Beitragsanpassungen in Folge eines anhaltend dynamischen Wachstums bei den ausgezahlten Leistungen prognostiziert. Insgesamt erwartet der GDV ein Beitragszuwachs von 6,6%.

Für die Lebensversicherung insgesamt (einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds) verlief das Geschäftsjahr 2025 besser als erwartet. Demnach wird auf Basis vorläufiger Informationen des GDV mit einem Beitragsanstieg von 5,1% gerechnet, nachdem im Vorjahr ein Zuwachs von 2,8% zu verzeichnen war. Hierbei stand dem deutlichen Zuwachs des Geschäftes mit Lebensversicherungsverträgen gegen Einmalbeitrag von 16,9% (Vorjahr 9,8%) eine nur leichte Steigerung der laufenden Beitragseinnahmen von 0,1% (Vorjahr 0,1%) gegenüber.

Run-Off

Nach unserer Auffassung hat aktives Run-Off-Management im deutschen Pensionskassenmarkt unverändert einen hohen Stellenwert. Durch den stetig steigenden Kostendruck, veraltete IT-Systeme und einer zunehmenden Marktkonzentration stehen Pensionskassen vor großen Herausforderungen.

Die Frankfurter Leben-Gruppe ist eine spezialisierte Plattform für den deutschen Lebensversicherungs- und Pensionskassenmarkt. Dabei werden Versicherungsunternehmen, Versicherungsbestände und Teilversicherungsbestände, die sich bereits im Run-Off befinden oder in den Run-Off gesetzt werden sollen, in die Gruppe integriert.

Als spezialisierte Plattform für den deutschen Lebensversicherungs- und Pensionskassenmarkt steht die Optimierung aller Verwaltungsprozesse im Fokus der Unternehmensaktivitäten. Durch die konsequente Optimierung von Organisation und Prozessen sollen nachhaltige Kostensenkungen erzielt werden, die eine effiziente und sichere Verwaltung von Versicherungsverträgen ermöglichen.

Das Handeln richtet sich zudem auf eine langfristige, stabile und hervorragende Beziehung zu den Kunden und deren Beratern. Eine schnelle und professionelle Erreichbarkeit ist ebenso selbstverständlich, wie der sorgfältige Umgang mit den Kundengeldern.

Wenn die Frankfurter Leben-Gruppe die Verwaltung eines Versicherungsbestandes übernimmt, hat sie den Anspruch, dass der gewohnte Kundenservice erhalten bleibt. Bei der Anlage der Versichertenbeiträge wird größter Wert auf eine

ausgewogene Mischung aus Sicherheit und Ertragskraft gelegt. Die Kunden erhalten weiterhin alle vertraglich zugesicherten Garantien und Leistungen sowie eine aus unserer Sicht angemessene Beteiligung an den Überschüssen.

Grundlagen der Gesellschaft

Die PRUDENTIA Pensionskasse AG gehört zur Frankfurter Leben-Gruppe und verwaltet Versicherungsprodukte für die Risikoabsicherung und die Altersversorgung. Das Produktportefeuille umfasst im Wesentlichen klassische Lebensversicherungen sowie Renten- und Risikoversicherungen.

Die Bestandsverwaltung ist auf die Frankfurter Leben Holding GmbH & Co. KG ausgelagert.

Durch die gezielten Entscheidungen der Frankfurter Leben-Gruppe zur Umsetzung einer modernen IT-Infrastruktur werden durch die Zusammenarbeit mit der AFIDA GmbH, Dortmund, die Versicherungsbestände schrittweise auf eine einheitliche Plattform für die Versicherungsbestandsführung migriert.

Zwischen der PRUDENTIA Pensionskasse AG und der Alleinaktionärin, der Plato Life Management & Service GmbH & Co. KG, bestand im Geschäftsjahr 2025 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Ertragslage

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge betragen im Geschäftsjahr 15,2 Mio. Euro (VJ: 10,6 Mio. Euro). Davon betrafen 5,8 Mio. Euro (VJ: 6,7 Mio. Euro) laufende Beiträge und 9,4 Mio. Euro (VJ: 3,9 Mio. Euro) Einmalbeiträge. Unter Berücksichtigung der Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung lagen die gesamten Beitragseinnahmen im Jahr 2025 bei 15,4 Mio. Euro (VJ: 10,6 Mio. Euro). Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge betragen 11,3 Mio. Euro (VJ: 231,1 Mio. Euro). Diese Abweichung resultierte aus einem im Vorjahr neu abgeschlossenen Quotenrückversicherungsvertrag.

Bestandsentwicklung

Zum Jahresende 2025 umfasste der Versicherungsbestand 22.050 (VJ: 22.660) versicherte Personen. Die Zahl der Anwärter ging auf 7.692 (VJ: 8.226) zurück. Damit setzte sich die langfristige Bestandsabwicklung infolge der geschlossenen Pensionspläne der Arbeitgebergesellschaften und des dadurch fehlenden Neugeschäfts fort.

Ausgezahlte Versicherungsleistungen

Die ausgezahlten Versicherungsleistungen beliefen sich im Jahr 2025 auf 68,2 Mio. Euro (VJ: 68,3 Mio. Euro). Die hierin enthaltenen Alters- und Hinterbliebenenrenten betragen 63,6 Mio. Euro (VJ: 64,3 Mio. Euro). Die Aufwendungen für (Teil-) Rückkäufe erreichten 2,5 Mio. Euro (VJ: 1,0 Mio. Euro) und die Aufwendungen für Kapitalzahlungen betragen 1,3 Mio. Euro (VJ: 2,3 Mio. Euro). Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erhöhte sich im Geschäftsjahr um 5,7 Mio. Euro (VJ: 0,6 Mio. Euro).

Entwicklung des Neugeschäfts

Das Neugeschäft wurde grundsätzlich eingestellt. Neugeschäft wird nur noch in einem begrenzten und klar definierten Rahmen gezeichnet.

Entwicklung der Kapitalanlagen

Mit der Steuerung der Kapitalanlagen wird zunächst das Ziel verfolgt, die Finanzierung der Garantieverzinsung unter Berücksichtigung der Veränderungen der Zinszusatz-Rückstellungen des Versicherungsbestandes langfristig sicherzustellen. Darüber hinaus soll eine angemessene Überschussbeteiligung für die Kunden und ein angemessener Ertrag für den Aktionär der Gesellschaft erwirtschaftet werden. Nach dieser Maßgabe werden die in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisenden Erträge aus Kapitalanlagen gesteuert. Insbesondere aufgrund des Zinsniveaus an den Kapitalmärkten wiesen die Kapitalanlagen stille Lasten auf. Bei der Bewertung der Kapitalanlagen wurde aufgrund der dauerhaften Halteabsicht vom Wahlrecht zur Bilanzierung wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht und Abschreibungen vermieden.

Die handelsrechtlich ausgewiesenen laufenden Erträge aus Kapitalanlagen lagen bei 36,3 Mio. Euro (VJ: 42,5 Mio. Euro). Zudem gingen realisierte Veräußerungsgewinne in Höhe von 0,8 Mio. Euro (VJ: 0,7 Mio. Euro) in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen auf Kapitalanlagen wurden in Höhe von 0,0 Mio. Euro vorgenommen (VJ: 2,1 Mio. Euro). Die gesamten Aufwendungen für Kapitalanlagen lagen bei 3,1 Mio. Euro (VJ: 7,5 Mio. Euro). Davon entfielen 0,0 Mio. Euro (VJ: 2,4 Mio. Euro) auf Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen. Das in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Kapitalanlageergebnis lag somit bei 34,1 Mio. Euro

(VJ: 35,7 Mio. Euro). Die sich aus den in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Erträgen und Aufwendungen ergebende Nettoverzinsung betrug im Geschäftsjahr damit 2,3% (VJ: 2,3%).

Abschluss- und Verwaltungskosten

Die Verwaltungsaufwendungen lagen im Berichtsjahr bei 0,4 Mio. Euro (VJ: 0,4 Mio. Euro). Damit liegt die Verwaltungskostenquote im Geschäftsjahr 2025 bei 2,3% (VJ: 3,6%).

Entwicklung zusätzlicher Rückstellungen

Die Zinszusatz-Rückstellung sank zum 31.12.2025 auf insgesamt 201,9 Mio. Euro (VJ: 212,2 Mio. Euro). Dabei kam der gesetzlich vorgegebene Referenzzinssatz von 1,57% (VJ: 1,57%) zur Anwendung. Bei der Berechnung wurden keine Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Aus der Veränderung der Zinszusatz-Rückstellung resultierte im Geschäftsjahr insgesamt ein Ertrag von 10,3 Mio. Euro (VJ: 8,3 Mio. Euro).

Beitragsrückerstattung

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) wurden im Berichtsjahr 14,9 Mio. Euro (VJ: 5,8 Mio. Euro) zugeführt und 0,9 Mio. Euro (VJ: 0,08 Mio. Euro) entnommen. Die Entnahmen aus der RfB wurden an die Versicherungsnehmer als Beteiligung an den laufenden Überschüssen oder Bewertungsreserven ausgeschüttet oder den Versicherungsverträgen gutgeschrieben.

Per 31.12.2025 verblieben nach Entnahme und Zuführung 40,9 Mio. Euro (VJ: 26,9 Mio. Euro) in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

Die Höhe der frei verfügbaren RfB stieg auf 40,0 Mio. Euro (VJ: 26,0 Mio. Euro).

Liquidität

Mit dem Liquiditätsmanagement wurde die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gewährleistet. Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten gemäß Bilanzposition C I. betragen zum Bilanzstichtag 2,0 Mio. Euro (VJ: 2,2 Mio. Euro).

Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Ergebnis betrug -0,7 Mio. Euro (VJ: -0,6 Mio. Euro) und setzte sich zusammen aus sonstigen Erträgen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (VJ: 0,2 Mio. Euro) und sonstigen Aufwendungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro (VJ: 0,8 Mio. Euro).

Steuern

Die PRUDENTIA Pensionskasse AG ist als Organgesellschaft Teil des ertragsteuerlichen Organkreises der Frankfurter Leben-Gruppe. Organträger ist die Plato Life Management & Service GmbH & Co. KG, die hundertprozentige Muttergesellschaft der PRUDENTIA Pensionskasse AG. Der Steueraufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf Basis eines Steuerumlagevertrages betrug 1,0 Mio. Euro (VJ: 3,1 Mio. Euro).

Jahresergebnis

Der Rohüberschuss betrug im Berichtsjahr 19,3 Mio. Euro (VJ: 9,0 Mio. Euro). Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden 14,9 Mio. Euro (VJ: 5,8 Mio. Euro) zugeführt.

Der auf Basis des Ergebnisabführungsvertrags abgeführte Gewinn betrug im Geschäftsjahr 4,4 Mio. Euro (VJ: 3,2 Mio. Euro) und lag damit über dem Planniveau.

Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements und der Kapitalausstattung ist es, die jederzeitige Erfüllbarkeit aller Verpflichtungen der Gesellschaft sicherzustellen sowie die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen einzuhalten.

Das handelsrechtliche Eigenkapital verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 Mio. Euro durch eine Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn.

Entwicklung des Eigenkapitals

(in €)	31.12.2025	31.12.2024
Gezeichnetes Kapital	4.680.000,00	4.680.000,00
Kapitalrücklagen	18.246.775,21	18.246.775,21
Gewinnrücklagen	135.053,39	135.053,39
- davon Gesetzliche Rücklage	135.053,39	135.053,39
Bilanzgewinn	14.728.035,65	19.728.035,65
Eigenkapital	37.789.864,25	42.789.864,25

Vermögenslage

Kapitalanlagen

Zum Bilanzstichtag 31.12.2025 verwaltete die PRUDENTIA Pensionskasse AG einen Kapitalanlagebestand in Höhe von 1.478,0 Mio. Euro (VJ: 1.509,7 Mio. Euro).

Der Kapitalanlagebestand setzte sich zusammen aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 14,0 Mio. Euro (VJ: 14,0 Mio. Euro), Beteiligungen in Höhe von 0,05 Mio. Euro (VJ: 0,05 Mio. Euro), Anteilen an Wertpapiersonderversmögen in Höhe von 1.149,1 Mio. Euro (VJ: 1.178,2 Mio. Euro), Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 146,8 Mio. Euro (VJ: 148,2 Mio. Euro), Namensschuldverschreibungen in Höhe von 100,8 Mio. Euro (VJ: 100,9 Mio. Euro), Schuldscheinforderungen in Höhe von 65,9 Mio. Euro (VJ: 67,2 Mio. Euro) und übrige Ausleihungen in Höhe von 1,3 Mio. Euro (VJ: 1,1 Mio. Euro).

Ende 2025 beliefen sich die saldierten stillen Lasten auf 123,5 Mio. Euro (VJ: 123,8 Mio. Euro). Dies entspricht 8,4% der Kapitalanlagen (VJ: 8,2%).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die Planung mit entsprechender Einschätzung der Risiken und Chancen für die zukünftige Entwicklung wird für einen Einjahreszeitraum dargestellt.

Erwartung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zur Branchenentwicklung

Das ifo-Institut kommt in seiner Konjunkturprognose vom Dezember 2025 zu der Einschätzung, dass die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten im Jahr 2026 in Deutschland etwas höher ausfallen werden als 2025. Es wird erwartet, dass die fiskalischen Impulse zunehmen und eine Erholung einleiten. Staatliche Mehrausgaben für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung sowie eine Reihe von Entlastungen für Unternehmen und Verbraucher können allmählich ihre Wirkung entfalten und unmittelbar nachfragewirksam werden. Es wird angenommen, dass es zu keinen weiteren Änderungen in der Handelspolitik der USA kommt. Jedoch belasten die bereits in Kraft getretenen Anhebungen der US-Importzölle die Weltwirtschaft und damit auch die deutsche Exportwirtschaft. Insgesamt wird ein Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,8% erwartet. Die Bundesregierung prognostiziert dagegen laut Jahreswirtschaftsbericht vom Januar 2026 einen BIP-Zuwachs von 1,0%. Die Inflationsrate im Jahr 2026 wird mit knapp über 2% auf dem Niveau des Vorjahres prognostiziert. Hierbei dämpfen die Energiepreise den Anstieg der Verbraucherpreise zunächst noch. Der kräftige Preisanstieg bei den Dienstleistungen unter anderem als Folge hoher Lohnkostenzuwächse geht voraussichtlich nur langsam zurück. Bei Waren (ohne Energie) dürfte der Preisdruck im Prognosezeitraum niedrig bleiben, unter anderem auch weil im Zuge der US-Zollpolitik chinesische Waren verbilligt umgelenkt und in Deutschland importiert werden. Als bedeutsames Risiko für die genannten BIP-Prognosen sieht das ifo-Institut die Abhängigkeit von den weiteren weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Prognose könnte besser ausfallen, wenn die Bundesregierung zusätzlich Reformen zur Stärkung der Produktionskapazitäten einleiten würde. Zusätzlich zu den binnenwirtschaftlichen Unsicherheiten könnten globale Risiken in Bezug auf die weitere Zollpolitik der US-Regierung oder die zahlreichen geopolitischen Konflikte die Entwicklung der globalen und damit auch der deutschen Konjunktur maßgeblich beeinflussen.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) rechnet in seiner Projektion Ende Januar 2026 für das Lebensversicherungsgeschäft 2026 mit einer positiven Wachstumsrate. Durch höhere langfristige Wachstumserwartungen und eine weitere Normalisierung des Inflationsgeschehens könnte die Zinsstrukturkurve eine zunehmend positivere Steigung von den kurzen hin zu den langen Laufzeiten beibehalten, was den Lebensversicherern wettbewerbsfähigere Konditionen ermöglicht. Insbesondere das weiter an Bedeutung gewinnende Einmalbeitragsgeschäft dürfte von dieser Entwicklung profitieren. Für 2026 wird erwartet, dass die positiven gesamtwirtschaftlichen Faktoren im Einmalbeitragsgeschäft weiter erhalten bleiben, von einem höheren Vorjahresniveau ausgehend jedoch in einer niedrigeren Wachstumsrate münden. Bei einer gleichzeitigen Fortsetzung eines eher milden Wachstums im Geschäft mit laufenden Beiträgen, geprägt durch niedrigere Lohnzuwachsrate, den demografischen Wandel und sich ändernde Vorsorgetrends, fällt das Wachstum in der Lebensversicherung insgesamt entsprechend niedriger aus als im Vorjahr. Insgesamt wird für die Lebensversicherung inklusive Pensionskassen und Pensionsfonds ein Beitragswachstum von 1,1% erwartet. Ein wesentliches Risiko für diesen Ausblick stellen strukturelle Einflussfaktoren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dar. Aus politischen Reformvorhaben wird für 2026 nicht mit wesentlichen Impulsen gerechnet.

Strategische Ausrichtung und voraussichtliche Entwicklung der PRUDENTIA Pensionskasse AG

Es wird erwartet, dass in den nächsten Jahren weitere Lebensversicherungsunternehmen und Pensionskassen ihr Neugeschäft vollständig oder in Teilsegmenten einstellen werden. Aus Sicht der Frankfurter Leben-Gruppe ist es für diese Versicherungsunternehmen aus verschiedenen Gründen sinnvoll, Bestände ohne Neugeschäft an eine Run-off-Plattform zu übertragen. Deshalb wird davon ausgegangen, dass in den kommenden Jahren weitere Portfoliokäufe getätigt werden können.

Die PRUDENTIA Pensionskasse AG geht von einem unverändert weiter leicht rückläufigen Versicherungsbestand aus. Aufgrund der Entwicklung des Zinsniveaus wird im Jahr 2026 mit einem Rückgang der Zinszusatz-Rückstellungen gerechnet. Der Umfang der Auflösung wird sich voraussichtlich auf dem Vorjahresniveau bewegen. Für das Geschäftsjahr 2026 erwartet die Gesellschaft deutlich geringere Beitragseinnahmen. Es wird außerdem erwartet, dass sich die Versicherungsleistungen und der Saldo aus Erträgen und Aufwendungen aus Kapitalanlagen auf dem Vorjahresniveau bewegen werden. Die Veränderung der Deckungsrückstellungen wird voraussichtlich leicht über dem Vorjahresniveau liegen. Im Jahr 2026 wird ein positiver Überschuss vor Gewinnabführung und Steuerumlage erwartet, der auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

Das Ausmaß des Ukraine-Krieges seit Beginn des Jahres 2022 und dessen Folgen sowie aktuelle geopolitische Konflikte unter anderem in Nahost können sich auf die Kapitalanlagen der Gesellschaft auswirken. Der Kapitalmarkt und insbesondere die Zinsentwicklung weisen Veränderungen auf. Diese Entwicklungen und deren Auswirkungen

werden laufend beobachtet und analysiert. Wesentliche langfristige negative Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft werden derzeit nicht erwartet.

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Das Risikomanagement sowie die Unabhängige Risikocontrollingfunktion sind auf Grundlage eines Funktionsausgliederungsvertrags an die Frankfurter Leben Holding GmbH & Co. KG ausgelagert. Das Governance-System stellt als wesentliches Element der Aufbauorganisation eine ganzheitliche, risikoorientierte Steuerung sicher. Es gewährleistet, dass das Gesamtrisikoprofil mit der Geschäfts- und Risikostrategie in Einklang steht und die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben ist. Eine risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation, ein konsistentes System schriftlich fixierter Leitlinien sowie die Tätigkeit von Gremien und Komitees gewährleisten den strukturierten Umgang mit wesentlichen Risiken und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Die Frankfurter Leben Holding GmbH & Co. KG hat verantwortliche Inhaber der Schlüsselfunktionen benannt. Diese berichten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich objektiv, unabhängig und ohne unzulässige Einflussnahme unmittelbar an die Geschäftsleitung. Die ordnungsgemäße Wahrnehmung der ausgelagerten Funktionen wird durch die Versicherungsgesellschaft mittels benannter Ausgliederungsbeauftragter überwacht. Die nachfolgend dargestellten Funktionen entsprechen den definierten Schlüsselfunktionen im Sinne der aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

- Die Unabhängige Risikocontrollingfunktion koordiniert die Risikomanagementaktivitäten des Unternehmens und ist für die laufende Überwachung und Beurteilung der Risikotragfähigkeit verantwortlich. Sie gewährleistet eine unabhängige Überwachung der wesentlichen Risiken und unterstützt die Geschäftsleitung beratend in allen risikorelevanten Fragestellungen.
- Die Versicherungsmathematische Funktion ist für die Koordination der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zuständig und stellt die Angemessenheit der angewandten Methoden, Modelle und Annahmen sicher. Darüber hinaus beurteilt sie die Qualität und Eignung der für die Berechnungen verwendeten Daten und gibt eine Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab. Zudem leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.
- Die Interne Revision prüft unabhängig und objektiv die Angemessenheit und Wirksamkeit der gesamten Geschäftsorganisation, einschließlich der internen Kontrollsysteme und Governance-Strukturen.

Die Versicherungsgesellschaft setzt zudem das sogenannte „Drei-Linien-Modell“ (Three-Lines of Defense) um:

- Erste Linie (First Line)

Die erste Linie wird durch das operative Management gebildet. Dieses ist für die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Begrenzung der Risiken im Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebs verantwortlich. Darüber hinaus stellt das operative Management sicher, dass die operativen Tätigkeiten im Einklang mit den festgelegten Unternehmenszielen sowie den internen Vorgaben durchgeführt werden.

- Zweite Linie (Second Line)

Die zweite Linie umfasst die Unabhängige Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion sowie die Versicherungsmathematische Funktion. Diese Funktionen unterstützen die Geschäftsleitung durch die Entwicklung, Weiterentwicklung und Überwachung der in der ersten Linie implementierten Kontroll- und Steuerungsmechanismen. Die Geschäftsleitung richtet diese Funktionen ein, um die ordnungsgemäße Ausgestaltung und Wirksamkeit der ersten Linie sicherzustellen.

- Dritte Linie (Third Line)

Die Interne Revisionsfunktion bildet als unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsinstanz die dritte Linie. Sie unterstützt die Geschäftsleitung, den Aufsichtsrat sowie weitere Überwachungsorgane bei der Beurteilung der Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems, des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements. Ziel ist es, der Geschäftsleitung eine hinreichende Sicherheit darüber zu vermitteln, dass Risiken wirksam identifiziert, bewertet und gesteuert werden.

Die Anwendung des Drei-Linien-Modells stellt zudem sicher, dass eine angemessene funktionale Trennung zwischen risikonehmenden und risikokontrollierenden Einheiten besteht und Interessenkonflikte vermieden werden.

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem umfasst sämtliche Prozesse, Strategien und Meldeverfahren zur Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Berichterstattung sowohl einzelner als auch aggregierter Risiken. Darüber hinaus beinhaltet es Verfahren zur systematischen Erfassung und Bewertung von Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen den Risiken.

Grundlage des Risikomanagementsystems bildet die Risikostrategie. Diese definiert die Leitplanken für die risikoorientierte Unternehmenssteuerung sowie die Ausgestaltung der Risikomanagementprozesse. Die Risikostrategie wird aus der Geschäftsstrategie abgeleitet und regelmäßig, mindestens einmal jährlich sowie anlassbezogen, überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsleistungen mit dem Ziel, die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse kontinuierlich zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie unter Anwendung eines systematischen und risikoorientierten Prüfungsansatzes die Effektivität des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie der Führungs- und Überwachungsprozesse beurteilt und zur Weiterentwicklung dieser Systeme beiträgt.

Risikoidentifikation

Ziel der Risikoidentifikation ist die frühzeitige Erkennung neu auftretender Risiken sowie von Veränderungen bestehender Risikopositionen. Hierzu werden regelmäßig strukturierte Risikoanalysen (Risk Assessments) durchgeführt.

Risikobewertung

Die Risikobewertung erfolgt auf Grundlage der gemäß Solvency I festgelegten regulatorischen Anforderungen. Dabei werden die verfügbaren Eigenmittel sowie die maßgeblichen Solvabilitätsanforderungen ermittelt, aus deren Verhältnis sich die Bedeckungsquote ableitet. Die auf quantitativer Basis berechneten Kennzahlen werden systematisch in die Risikobewertung einbezogen.

Darüber hinaus werden wesentliche Risiken im Rahmen strukturierter Risk Assessments gesondert beurteilt. In diesem Zusammenhang werden die relevanten Fachbereiche systematisch zu den identifizierten Risiken sowie zu deren Einschätzung befragt. Die Ergebnisse werden konsolidiert und in einem zentralen Risikoinventar zusammengeführt. Ziel ist es, ein ganzheitliches und aktuelles Bild der Risikosituation der Gesellschaft zu erlangen.

Die aus der Risikobewertung und den Risk Assessments gewonnenen Erkenntnisse werden der Geschäftsleitung in geeigneter Form berichtet und in die unternehmerische Entscheidungsfindung einbezogen.

Risikosteuerung

Es wird der Grundsatz verfolgt, dass Risiken möglichst an ihrem Entstehungsort gesteuert werden. Die operative Risikosteuerung obliegt daher den Führungskräften und Prozessverantwortlichen der jeweiligen Organisationseinheiten, in denen die Risiken entstehen. Die Risikosteuerung umfasst hierbei insbesondere die Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Risikovermeidung, Risikominderung, Risikoabsicherung, zum Risikotransfer sowie zur Risikodiversifikation.

Risikoüberwachung

Die Umsetzung der Risikostrategie wird fortlaufend überwacht. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils, die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit sowie die Auslastung der definierten Limite. Die Risikoüberwachung erstreckt sich dabei insbesondere auf die nachfolgend genannten Aspekte:

- Entwicklung des Risikoprofils

Das Gesamtrisikoprofil sowie dessen Entwicklung werden kontinuierlich analysiert. Unter Berücksichtigung der angewandten Aggregationsmethoden und der Interdependenzen zwischen den einzelnen Risikokategorien können wesentliche Veränderungen des Risikoprofils frühzeitig identifiziert werden. In wesentlichen oder außergewöhnlichen Fällen wird ein anlassbezogener ERB durchgeführt.

- Einhaltung der Limite

Auf Grundlage des implementierten Limitsystems werden die Auslastungen der einzelnen Risikolimiten regelmäßig ermittelt und überwacht. Das Limitsystem dient als Frühwarninstrument zur rechtzeitigen Identifikation potenziellen Handlungsbedarfs.

- Risikotragfähigkeit

Auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts wird laufend überprüft, ob zur Abdeckung der wesentlichen Risiken jederzeit ausreichende anrechnungsfähige Eigenmittel zur Verfügung stehen.

- Maßnahmen der operativen Risikosteuerung

Sofern mit den operativen Einheiten Maßnahmen zur Risikoakzeptanz, -minderung, -übertragung oder -vermeidung vereinbart wurden, wird deren Umsetzung durch die jeweiligen Prozessverantwortlichen sichergestellt und im Rahmen des Internen Kontrollsystems überwacht.

- Internes Kontroll-System

Das Interne Kontrollsystem umfasst sämtliche Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die Ordnungsmäßigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu begrenzen. Zudem stellt es die Einhaltung der maßgeblichen gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben sicher. Das Interne Kontrollsystem basiert auf den von der Geschäftsleitung festgelegten Grundsätzen, Strukturen, Funktionen, Verfahren, Richtlinien und Maßnahmen und unterstützt die ordnungsgemäße operative Umsetzung der unternehmerischen Entscheidungen.

Risikoberichterstattung

Die Versicherungsgesellschaft reicht regelmäßig eine eigene Risikobeurteilung (ERB) bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ein. Zudem erfolgt eine regelmäßige interne Berichterstattung gegenüber dem Management, welche Transparenz über die Risiken schafft.

Risikolage

Versicherungstechnische Risiken

Die wesentlichen versicherungstechnischen Risiken der Gesellschaft lassen sich wie folgt kategorisieren:

- biometrische Risiken
- Stomorisiken
- Kostenrisiken
- Zinsgarantierisiken

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken entstehen durch Abweichungen zwischen den tatsächlich eingetretenen biometrischen Ereignissen (z. B. Sterblichkeit, Langlebigkeit, Berufsunfähigkeit) und den in den Annahmen der Tarifierung kalkulierten Werten. Die Gesellschaft stützt sich bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen auf die von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) veröffentlichten Sterbe- und Invalidisierungstafeln, die regelmäßig aktualisiert werden. Bei der Reservierung werden angemessene Sicherheitsspannen berücksichtigt. Die Entwicklung biometrischer Risiken wird kontinuierlich durch den Verantwortlichen Aktuar überwacht, sodass die Risiken als ausreichend abgedeckt gelten.

Um das Versicherungstechnische Risiko aus biometrischen Risiken zu begrenzen, sichert sich die Versicherungsgesellschaft zusätzlich zu den kalkulatorischen Sicherheiten durch Rückversicherung ab. Die Rückversicherungsunternehmen, mit denen Rückversicherungsverträge bestehen, verfügen über ein Rating einer anerkannten Ratingagentur im Investment Grade Bereich.

Stand:	31.12.2025	31.12.2024
	Rating	Rating
Swiss Re Europe S.A. (Frankona)	AA-	AA-

Stomorisiken

Das Stomorisiko ergibt sich aus Abweichungen der tatsächlichen Stomohäufigkeiten von den kalkulierten Erwartungen. Sowohl ein über dem Erwartungswert liegendes als auch ein unterdurchschnittliches Stomo kann Risiken für die Gesellschaft bergen. Das Deckungskapital berücksichtigt keine Stomowahrscheinlichkeiten, wodurch eine ausreichende Kapitaldeckung für garantierte Rückvergütungen sichergestellt ist. Durch ein laufendes Liquiditätsmanagement wird die fristgerechte Auszahlung garantiert. Das Stomorisiko wird als nicht wesentlich erachtet.

Kostenrisiken

Die in den Beiträgen vorgesehenen Kostenteile sind so kalkuliert, dass sie langfristig die tatsächlich anfallenden Aufwendungen decken. Hierzu werden beitrags-, summen- oder rentenabhängige Kostenzuschläge sowie Stückkostenzuschläge in die Tarifstruktur integriert. Historisch haben sich die kalkulierten Kosten als ausreichend erwiesen. Das Kostenrisiko wird fortlaufend überwacht; aktuell bestehen keine Anzeichen für ein erhöhtes Kostenrisiko.

Zinsgarantierisiken

Das Zinsgarantierisiko beschreibt das Risiko, dass die Kapitalanlagen nicht die erforderlichen Erträge erwirtschaften, um die zugesagten Zinsgarantien zu erfüllen.

Zur langfristigen Sicherstellung der Zinsgarantien beobachtet die Geschäftsleitung regelmäßig die Erträge der Kapitalanlagen. Im Rahmen von regelmäßigen Asset-Liability-Management-(ALM-)Studien wird überprüft, ob die Kapitalerträge ausreichen, um die garantierten Zinsverpflichtungen zu erfüllen. Zusätzlich werden Planungs- und Sensitivitätsrechnungen durchgeführt, um das Risiko unter unterschiedlichen Annahmen zu analysieren. Es ist ein spezielles Zinsrisikomanagement eingeführt.

Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft wird genutzt, um die Angemessenheit der Asset-Allokation zu überprüfen. Darüber hinaus erfolgt die Bildung einer gesetzlich vorgeschriebenen Zinszusatzreserve (§ 5 Abs. 3 Deckungsrückstellungsverordnung, DeckRV) für Verträge, deren Rechnungszins über dem nach DeckRV ermittelten Referenzzins liegt. Diese Maßnahme berücksichtigt die aktuelle Kapitalmarktsituation und stellt sicher, dass die Deckungsrückstellung angemessen aufgestockt wird.

Zum Jahresende 2025 lag der Referenzzins bei 1,57%. Für alle Verträge mit einem höheren Rechnungszins wird eine entsprechende Zinszusatzreserve gebildet. Derzeit ist von einem stabilen Referenzzinsniveau auszugehen, so dass durch den Bestandsabrieb Zinszusatzreserve frei wird. Aufgrund des aktuellen Zinsniveaus und des stabilen Referenzzinses ist das Zinsgarantierisiko gering.

Risiken aus Forderungsausfall

Das Risiko von Forderungsausfällen ist grundsätzlich gegeben. Durch die Struktur des Geschäfts der Pensionskasse als Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung wird das Forderungsausfallrisiko jedoch als gering eingeschätzt.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagestrategie wird unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorgaben festgelegt. In besonderem Maße unterliegt der Bereich der Kapitalanlage den Entwicklungen der Kapitalmärkte sowie den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Entsprechend kommt der Identifikation, Überwachung und Steuerung von Kapitalanlagerisiken im Rahmen der Risikoberichterstattung und der Risikofrüherkennung eine zentrale Bedeutung zu.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Erfüllung der Leistungsversprechen gegenüber den Versicherungsnehmern werden die Grundsätze der Sicherheit, Liquidität, Mischung und Streuung sowie der Rentabilität der Kapitalanlagen in besonderem Maße berücksichtigt. Risiken, die nicht hinreichend identifiziert, bewertet oder gesteuert werden können, werden grundsätzlich vermieden. Anlageentscheidungen erfolgen unter Berücksichtigung der aktuellen Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Zur Begrenzung der Kapitalanlagerisiken sind interne Limite definiert.

Die wesentlichen Risiken im Kapitalanlagebereich lassen sich in folgende Risikokategorien einteilen:

- Marktpreisrisiken
- Bonitäts- bzw. Kreditrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Währungsrisiken

Auf Grundlage regelmäßiger Kapitalanlagereportings werden die identifizierten Risikoarten kontinuierlich beobachtet, analysiert und bewertet.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bezeichnen das Risiko finanzieller Verluste infolge von Veränderungen relevanter Marktpreise, insbesondere von Aktienkursen, Zinsniveaus, Kreditspreads oder Wechselkursen. Aus Sicht der Gesellschaft werden Nachhaltigkeitsrisiken, soweit sie sich in Marktpreisveränderungen niederschlagen, den Marktpreisrisiken zugeordnet.

Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken erfolgt eine breite Diversifikation über unterschiedliche Anlageklassen, Regionen und Branchen. Innerhalb der einzelnen Anlageklassen werden qualitative und quantitative Limite festgelegt, um eine angemessene Risikobegrenzung sicherzustellen. Risiken aus Immobilienanlagen, insbesondere innerhalb von

Spezialfonds, werden aktiv gesteuert und überwacht. Die Marktpreisrisiken unterliegen einer laufenden Beobachtung und werden derzeit als beherrschbar eingeschätzt. Stillen Lasten bei festverzinslichen Wertpapieren wird durch eine langfristige Halteabsicht begegnet, die eine Wertaufholung bis zur Endfälligkeit vorsieht.

Bonitätsrisiken

Bonitätsrisiken, auch Kreditrisiken genannt, beschreiben das Risiko, dass ein Schuldner oder Kontrahent seinen vertraglichen Zahlungsverpflichtungen ganz oder teilweise oder nicht fristgerecht nachkommt. Dies kann zu finanziellen Verlusten durch Zahlungsausfälle, Wertberichtigungen oder erhöhte Eigenmittelanforderungen führen.

Die Anlagen der Versicherungsgesellschaft in festverzinsliche Wertpapiere haben eine hohe Schuldnerqualität. Es wird in hohem Maße in Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit Investment Grade (Ratingkategorie AAA bis BBB von Standard & Poor's) investiert. Eine möglichst breite Streuung des Gesamtbestandes wirkt darüber hinaus einer möglichen Risikokonzentration entgegen.

Am Bilanzstichtag weist der Bestand folgende Ratingstruktur aus:

Rating-/ Assetstruktur	Market Value in EUR	in %
Renten	758.277.955,73	55,98%
AAA	156.975.622,37	11,59%
AA	100.227.359,07	7,40%
A	174.562.194,88	12,89%
BBB	192.165.761,56	14,19%
<BBB-	62.633.518,74	4,62%
NR	71.713.499,11	5,29%
Private Debt/ Real Estate Debt (NR)	242.055.294,39	17,87%
Hypothekendarlehen, Geldmarktfonds, Policendarlehen, Protektor u. rentenähnl. GS	104.140.292,55	7,69%
Zwischensumme	1.104.473.542,67	81,54%
Infrastructure Equity, Real Estate Equity, Bankguthaben, Sonstige	250.072.854,49	18,46%
Gesamt	1.354.546.397,16	100,0%

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken umfassen das Risiko, dass die Gesellschaft ihren gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann, sowie das Risiko, Vermögenswerte aufgrund eingeschränkter Marktliquidität nur zu nachteiligen Konditionen veräußern zu können. Dabei wird zwischen folgenden Ausprägungen unterschieden:

- Refinanzierungsrisiko: Risiko, erforderliche Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können.
- Fungibilitätsrisiko: Risiko, Finanzmarkttransaktionen infolge unzureichender Marktliquidität nur zu ungünstigeren Preisen als erwartet durchführen zu können.

Das Refinanzierungsrisiko wird mittels eines strukturierten Liquiditätsplanungs-, Steuerungs- und Kontrollsystems fortlaufend überwacht und begrenzt. Dieses stellt sicher, dass jederzeit ausreichende liquide Mittel zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung stehen.

Die strategische Asset-Allokation berücksichtigt auch Investitionen in weniger liquide Anlageklassen. Dem hieraus resultierenden Fungibilitätsrisiko wird durch die Vorhaltung eines angemessenen Anteils hochliquider Vermögenswerte begegnet. Für illiquide Anlageklassen sind zudem spezifische Limite definiert, um die Liquiditätsrisiken zu begrenzen.

Währungsrisiken

Währungsrisiken bezeichnen das Risiko potenzieller finanzieller Verluste infolge von Veränderungen der Wechselkurse zwischen unterschiedlichen Währungen.

Die Gesellschaft ist nur in geringem Umfang Fremdwährungsrisiken ausgesetzt, da Investitionen in Fremdwährungen überwiegend innerhalb von Sondervermögen erfolgen. Bestehende Währungspositionen werden nahezu vollständig durch den Einsatz geeigneter Sicherungsinstrumente, insbesondere Devisentermingeschäfte, abgesichert. Dadurch wird das Währungsrisiko auf ein vertretbares Maß begrenzt.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken umfassen potenzielle Verluste, die infolge des Versagens oder der Unzulänglichkeit von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder als Folge externer Ereignisse entstehen.

Auf Grundlage des aktuellen Risk Assessments und der daraus abgeleiteten Risikoinventur ergeben sich wesentliche operationelle Risiken insbesondere aus der Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, einschließlich bestehender Ausgliederungsvereinbarungen. Darüber hinaus wird den mit dem Einsatz von IT-Systemen verbundenen Risiken, insbesondere Cyberrisiken, besondere Aufmerksamkeit beigemessen.

Zur Steuerung und Begrenzung operationeller Risiken sind verschiedene Maßnahmen implementiert, darunter:

- Umsetzung des Internen Kontrollsystems (IKS) mittels eines softwaregestützten Systems, in dem Schlüsselrisiken und zugehörige Schlüsselkontrollen systematisch erfasst und überwacht werden
- Etablierte Vollmachten- und Berechtigungssysteme zur Regelung von Zahlungs- und Anweisungsvollmachten sowie von Zugriffsrechten
- Ein umfassendes Rechts- und Compliance-Konzept zur Sicherstellung der Einhaltung und Überwachung rechtlicher, regulatorischer und interner Vorgaben

Ein übergeordnetes Governance-System, das aus der Geschäfts- und Risikostrategie abgeleitet ist, bildet die Grundlage für weiterführende Richtlinien, Arbeitsanweisungen und organisatorische Regelungen. Es stellt insbesondere die erforderlichen Funktionstrennungen sicher.

Die operationellen Risiken umfassen auch die Compliance- und Rechtsrisiken.

Aus qualitativer Sicht kommt den operationellen Risiken eine vergleichsweise hohe Bedeutung zu. Operationelle Risiken werden insoweit akzeptiert, als sie für die Durchführung des Geschäftsbetriebs unter Kosten-Nutzen-Aspekten unvermeidbar sind. Vor diesem Hintergrund werden eine weitgehende Begrenzung und Minimierung dieser Risiken angestrebt.

Für das Management der operationellen Risiken stehen der Gesellschaft angemessene organisatorische, personelle und technische Maßnahmen sowie ausreichende Ressourcen zur Verfügung.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken bezeichnen das Risiko eines potenziellen Verlusts von Versicherungsbeständen oder wirtschaftlicher Nachteile infolge einer Beeinträchtigung des Ansehens der Gesellschaft. Auslöser können unter anderem die öffentliche Wahrnehmung rechtlicher oder ethischer Verfehlungen des Unternehmens oder handelnder Personen sein. Hierzu zählen beispielsweise systematische Fehlberatung von Kunden, missbräuchliche Verwendung von Kundengeldern, Produktmängel oder die Verbreitung unzutreffender oder irreführender Informationen.

Im Rahmen der Risk Assessments werden Reputationsrisiken regelmäßig identifiziert und bewertet. Eine serviceorientierte Kundenbetreuung sowie ein strukturiertes Beschwerdemanagement tragen wesentlich zur Begrenzung und Prävention von Reputationsrisiken bei.

Im Rahmen des Run-off-Geschäftsmodells haben sich in den vergangenen Jahren keine spezifischen oder erhöhten Reputationsrisiken ergeben.

Strategische Risiken

Strategische Risiken im Zusammenhang mit der Erreichung wesentlicher unternehmerischer Zielsetzungen liegen im besonderen Blick der Geschäftsleitung. Ein Abgleich zwischen strategischer Zielplanung und Zielerreichung erfolgt in regelmäßigen Abständen. Wesentliche Abweichungen in Bezug auf die Zielerreichung und/oder Änderungen im Marktumfeld sind Thema der Geschäftsleitungssitzungen.

Gesamtbeurteilung

Zusammenfassend ist die Erfüllung der Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsverträgen gewährleistet. Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen nach Solvency I werden jederzeit erfüllt.

Personalbericht und Sonstiges

Mitarbeiter

Am Bilanzstichtag waren keine Mitarbeiter beschäftigt.

Betriebene Versicherungsarten

Kapitalbildende Lebensversicherung

Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall

Leibrentenversicherung

Aufgeschobene Leibrentenversicherung

Sofort beginnende Leibrentenversicherung

Rentenversicherung im Rahmen des Altersvermögensgesetzes

Zusatzversicherungen

Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung

Witwen/Witwerrenten-Zusatzversicherung

Bewegung und Struktur des Bestands an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2025

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Tsd. Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	975	7.251	1.814	10.968	54.595
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. a. Neuzugang an Anwärter	0	0			
1. b. Zugang an Altersrentnern			178	429	3.247
1. c. Zugang an Witwen/Witwer/Waisen					
2. sonstiger Zugang	59	38	37	0	0
3. gesamter Zugang	59	38	215	429	3.247
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	1	15	170	480	1.764
2. Beginn der Altersrente	181	434			
3. Ausscheiden mit Rückkaufswert	0	0	0	0	0
4. a. Reaktivierung			0	0	0
4. b. Wiederheirat, Ablauf					
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0
7. sonstiger Abgang	0	0	0	14	2.390
8. gesamter Abgang	182	449	170	494	4.154
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	852	6.840	1.859	10.903	53.688
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	766	5.686			
2. in Rückdeckung gegeben	12	103	28	164	805

	Hinterbliebenenrenten			
	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Tsd. Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	768	876	8	9.941
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. a. Neuzugang an Anwärter				
1. b. Zugang an Altersrentnern				
1. c. Zugang an Witwen/Witwer/Waisen	122	0	2	743
2. sonstiger Zugang	0	0	0	0
3. gesamter Zugang	122	0	2	743
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	48	37	0	381
2. Beginn der Altersrente				
3. Ausscheiden mit Rückkaufswert	0	0	0	0
4. a. Reaktivierung				
4. b. Wiederheirat, Ablauf	0	0	1	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0
7. sonstiger Abgang	91	3	0	419
8. gesamter Abgang	139	40	1	800
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	751	836	9	9.884
davon				
1. beitragsfreie Anwartschaften				
2. in Rückdeckung gegeben	11	13	0	148

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz zum 31.12.2025

Aktiva	€	€	€	31.12.2025 €	31.12.2024 €
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		14.000.000,00			14.000.000,00
2. Beteiligungen		51.541,88	14.051.541,88		51.541,88
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.149.112.250,46			1.178.202.085,05
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		146.839.241,59			148.166.751,22
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	100.816.009,45				100.949.322,01
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	65.920.406,64				67.228.745,40
c) Übrige Ausleihungen	1.271.566,06				1.070.485,45
		168.007.982,15			169.248.552,86
			1.463.959.474,20		1.495.617.389,13
				1.478.011.016,08	1.509.668.931,01
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche		1.854.315,20			2.068.690,75
b) noch nicht fällige Ansprüche		0,00	1.854.315,20		0,00
II. Sonstige Forderungen			350.942,00		411.770,09
davon:					
an verbundene Unternehmen: 0,00 € (i.Vj. 0,00 €)					
				2.205.257,20	2.480.460,84
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			2.035.464,49		2.237.587,62
II. Andere Vermögensgegenstände			5.176.900,00		5.288.637,58
				7.212.364,49	7.526.225,20
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.832.184,68		4.042.000,34
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			628.167,26		13.288,86
				4.460.351,94	4.055.289,20
Summe der Aktiva				1.491.888.989,71	1.523.730.906,25

Passiva	€	€	31.12.2025 €	31.12.2024 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		4.680.000,00		4.680.000,00
II. Kapitalrücklage		18.246.775,21		18.246.775,21
III. Gewinnrücklagen		135.053,39		135.053,39
IV. Bilanzgewinn		14.728.035,65		19.728.035,65
			37.789.864,25	42.789.864,25
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		359.320,27		486.427,58
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.394.936.308,96			1.440.618.766,90
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	209.240.446,34	1.185.695.862,62		216.092.815,04
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		7.876.211,82		2.143.488,76
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		40.944.860,07		26.895.288,61
			1.234.876.254,78	1.254.051.156,81
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		533.175,00		553.700,00
II. Sonstige Rückstellungen		222.724,26		232.750,00
			755.899,26	786.450,00
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			209.240.446,33	216.092.815,04
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		2.988.879,82		2.936.124,53
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		0,00		146.085,08
III. Sonstige Verbindlichkeiten		6.237.645,27		6.928.410,54
davon:				
an verbundene Unternehmen 6.071.654,57 € (i.Vj. 6.729.368,80 €)				
aus Steuern: 165.681,30 € (i.Vj. 157.391,74 €)				
			9.226.525,09	10.010.620,15
Summe der Passiva			1.491.888.989,71	1.523.730.906,25

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 235 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4-7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG in Verbindung mit § 234 Abs. 6 Satz 1, auch in Verbindung mit § 233 Abs. 5 Satz 2 VAG, ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 03.09.2025 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 16.03.2026

Dr. Michael Weik-Kochanski
Verantwortlicher Aktuar

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Olching, den 16.03.2026

Stefan Michael Plendl
Treuhandler

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2025

	01.01.-31.12.25		01.01.-31.12.24	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	15.176.424,73			10.598.331,26
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	11.322.173,85			-231.087.894,52
		26.498.598,58		-220.489.563,26
c) Veränderung der Beitragsüberträge		127.107,31		30.254,98
			26.625.705,89	-220.459.308,28
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			230.000,94	2.672,39
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		36.305.627,00		42.484.793,65
davon: aus verbundenen Unternehmen 490.000,00 € (i.Vj. 524.319,44 €)				
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		847.557,72		670.702,74
			37.153.184,72	43.155.496,39
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			10.352,28	207.507,30
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	68.184.095,76			68.287.692,36
bb) Anteil der Rückversicherer	-1.012.637,17			-19.384.468,73
		67.171.458,59		48.903.223,63
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		5.732.723,06		593.586,80
			72.904.181,65	49.496.810,43
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		-45.682.457,94		-35.572.177,54
bb) Anteil der Rückversicherer		6.852.368,70		-216.092.815,04
			-38.830.089,24	-251.664.992,58
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			14.880.000,00	5.790.000,00
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Verwaltungsaufwendungen		352.329,43		378.357,28
b) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		-26.357,44		-1.293.499,42
			325.971,99	-915.142,14
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		3.053.899,36		2.971.516,55
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		0,00		2.100.000,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00		2.378.995,36
			3.053.899,36	7.450.511,91
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			5.607.180,76	5.828.973,75
11. Versicherungstechnisches Ergebnis			6.078.099,31	6.920.206,43
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		95.898,67		168.065,47
2. Sonstige Aufwendungen		809.203,67		823.616,74
			-713.305,00	-655.551,27
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5.364.794,31	6.264.655,16
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			981.508,14	3.059.465,81
5. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			4.383.286,17	3.205.189,35
6. Jahresüberschuss			0,00	0,00
7. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			14.728.035,66	19.728.035,66
8. Bilanzgewinn			14.728.035,66	19.728.035,66

Anhang

Allgemeines

Die PRUDENTIA Pensionskasse AG hat ihren Sitz in Bad Homburg v. d. Höhe und ist im Handelsregister Abteilung B des Amtsgerichtes Bad Homburg v. d. Höhe unter der Nummer HRB 14501 eingetragen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Vermögens- und Schuldposten wurden unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften sowie der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung bilanziert.

Kapitalanlagen

Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 in Verbindung mit §§ 255 Abs. 1 sowie 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten bilanziert.

Alle Spezialfonds sowie sämtliche Inhaberschuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Ihre Bewertung erfolgte gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit §§ 255 Abs. 1 sowie 253 Abs. 3 HGB.

Geldmarktfonds sind dem Umlaufvermögen zugeordnet. Dementsprechend wurden diese Fonds gemäß § 341b Abs. 2 in Verbindung mit §§ 255 Abs. 1 sowie 253 Abs. 4 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den niedrigeren beizulegenden Zeitwerten bewertet. Der beizulegende Zeitwert des Spezialfonds wird hierbei ermittelt durch den Ansatz der fortgeführten Anschaffungskosten oder der Zeitwerte jedes einzelnen Titels innerhalb des Fonds.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß des § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der Amortisation der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag gemäß des § 341c Abs. 3 HGB unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Bereits geleistete Tilgungsbeträge wurden entsprechend abgezogen.

Bei den übrigen Ausleihungen handelt es sich um ein Genussrecht, welches gemäß § 341b Abs. 1 in Verbindung mit § 253 HGB mit den Anschaffungskosten bilanziert wurde.

Die Zeitwerte wurden wie folgt ermittelt:

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurde im Rahmen einer Einzelbewertungsmethode in Abhängigkeit vom Schuldner und der Laufzeit ein individueller marktgängiger Zinsaufschlag auf die Euro-Swapkurve zugeordnet.

Der Zeitwert der Beteiligung entspricht den Anschaffungskosten der Beteiligung an der Protektor Lebensversicherungs-AG.

Die Zeitwerte für die Inhaberschuldverschreibungen wurden mit dem Börsen- oder Marktpreis angesetzt. Anteile an Investmentvermögen wurden mit dem Rücknahmepreis oder mit dem Net Asset Value angesetzt.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen wurde jedem Papier in Abhängigkeit vom Schuldner und der Laufzeit ein individueller marktgängiger Zinsaufschlag auf die Euro-Swapkurve zugeordnet.

Der Zeitwert der übrigen Ausleihungen entspricht dem Anteilswert am Sicherungsvermögen von Protektor, Sicherungsfonds für die Lebensversicherer.

Forderungen

Die Forderungen sind zu Nennwerten bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden mit dem Nominalwert bewertet.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die laufenden Guthaben wurden mit ihren Nennwerten angesetzt. Die anderen Vermögensgegenstände wurden mit ihren jeweiligen Nennwerten angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen wurden zum Nennwert bilanziert.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital wurde zum Nennwert angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Sämtliche versicherungstechnischen Rückstellungen für den so genannten regulierten Versicherungsbestand wurden nach dem durch die BaFin genehmigten Geschäftsplan bzw. für den so genannten deregulierten Versicherungsbestand nach den Meldungen gem. § 143 VAG einzelvertraglich berechnet.

Die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere das HGB, das VAG, die DeckRV und die RechVersV, wurden beachtet. Sämtliche Werte wurden zunächst brutto – also ohne die Berücksichtigung evtl. bestehender Rückversicherungsverträge – ausgewiesen. Die Berechnung der Anteile an den versicherungstechnischen Rückstellungen, die auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft entfallen, erfolgte entsprechend der Rückversicherungsverträge.

Die Berechnung der Beitragsüberträge erfolgte unter Berücksichtigung der Fälligkeitstermine der einzelnen Verträge. Die Beitragsüberträge wurden um die in die Beiträge eingerechneten Inkassokostenzuschläge, maximal jedoch um 4% des Beitrags, gekürzt.

Die Deckungsrückstellung wurde nach der prospektiven Methode berechnet. Hierbei wurden die in die Beiträge einkalkulierten Rechnungsgrundlagen, also Rechnungszinssätze, Kostensätze und in die Beiträge einkalkulierte Wahrscheinlichkeiten für das biometrische Risiko berücksichtigt.

Bei Versicherungsverträgen, bei denen der Rechnungszinssatz den Referenzzins gem. § 5 Abs. 3 DeckRV (1,57%, VJ: 1,57%) übersteigt, wurde die Deckungsrückstellung entsprechend § 5 Abs. 4 DeckRV um eine Zinszusatzreserve erhöht.

Für bekannte, noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden einzelvertraglich Rückstellungen gebildet. Für Versicherungsfälle, die vor dem Bilanzstichtag eingetreten sind, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt werden, wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung gebildet. Die Ermittlung der Rückstellungen erfolgte auf Basis der fälligen Versicherungsleistungen, vermindert um vorhandene Deckungsrückstellungen. Regulierungsaufwendungen wurden unter Beachtung steuerlicher Vorschriften berücksichtigt.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften gebildet. Soweit Überschussanteile unwiderruflich deklariert wurden, wurde ein Teil der RfB gebunden.

In den Erläuterungen zur Bilanz ist die entsprechende Aufteilung der RfB dargestellt. Die detaillierte Übersicht zur Überschussbeteiligung ist am Ende des Berichtes dargestellt und ist Bestandteil des Anhangs.

Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung der wesentlichen Versicherungsbestände

Tarifgeneration	Rechnungszins	Sterbetafel	Anteil an der Deckungsrückstellung
Kapitalversicherungen			
	4,00 Prozent	DAV 1994 T	1,4 Prozent
Rentenversicherungen			
	4,00 Prozent	DAV 2004 R-B20/ PRUDENTIA R-B20	2,7 Prozent
	3,75 Prozent	DAV 2004 R	37,8 Prozent
	3,25 Prozent	DAV 2004 R	19,4 Prozent
	2,75 Prozent	DAV 2004 R mod	33,2 Prozent
	2,25 Prozent	DAV 2004 R mod	2,1 Prozent
	1,75 Prozent	DAV 2004 R mod	0,7 Prozent
	1,25 Prozent	DAV 2004 R mod	0,7 Prozent
	0,90 Prozent	DAV 2004 R mod	1,3 Prozent
	0,25 Prozent	DAV 2004 R mod	0,6 Prozent

Rückversicherung

Die Berechnung der Anteile an den versicherungstechnischen Rückstellungen, die auf das in Rückdeckung gegebene selbst abgeschlossene Geschäft entfallen, erfolgte entsprechend der Rückversicherungsverträge.

Andere Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren - der Projected-Unit-Credit-Methode (PUC) - in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Neben den gegenwärtigen wurden auch künftige Entwicklungen, Trends und Fluktuationen berücksichtigt. Der verwendete Rechnungszinssatz wurde den von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (Rück-AbzinsV) zum 30.11.2025 ermittelten und veröffentlichten Zinsinformationen für eine Restlaufzeit von 15 Jahren entnommen (§ 253 Abs. 2 HGB) und auf Basis der Marktverhältnisse zu diesem Zeitpunkt auf den Bilanzstichtag prognostiziert.

Mit Inkrafttreten des "Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften" wurde § 253 Abs. 2 HGB geändert. Demnach sind Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen nunmehr mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren abzuzinsen. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellung nach Maßgabe des vor Inkrafttreten der Gesetzesänderung vorgegebenen Durchschnittes von sieben Geschäftsjahren und des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ist gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB zu ermitteln.

Es wurden nachstehende versicherungsmathematische Parameter für die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen verwendet:

Rentendynamik	1,80%
Zinssatz (10-Jahresdurchschnitt)	2,06%
Zinssatz (7-Jahresdurchschnitt)	2,22%

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des jeweiligen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d.h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt.

Depotverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. im Geschäftsjahr 2025

in T €	Bilanzwerte 01.01.2025	Zu- gänge	Umbu- chungen	Ab- gänge	Zu- schrei- bungen	Ab- schrei- bungen	Bilanz- werte 31.12.2025	Zeit- werte 31.12.2025
A. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen								
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	14.000	0	0	0	0	0	14.000	11.952
2. Beteiligungen	52	0	0	0	0	0	52	52
Summe A. I.	14.052	0	0	0	0	0	14.052	12.004
A. II. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.178.202	80.969	0	110.059	0	0	1.149.112	1.102.546
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	148.167	142	0	1.470	0	0	146.839	86.300
3. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	100.949	643	0	776	0	0	100.816	93.765
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	67.229	325	0	1.634	0	0	65.921	58.596
c) Übrige Ausleihungen	1.070	201	0	0	0	0	1.271	1.337
Summe A. II	1.495.617	82.281	0	113.939	0	0	1.463.959	1.342.543
Summe A. I. - A. II. Kapitalanlagen	1.509.669	82.281	0	113.939	0	0	1.478.011	1.354.546
Gesamt	1.509.669	82.281	0	113.939	0	0	1.478.011	1.354.546

Die Gesamtsumme der Abschreibungen auf Kapitalanlagen betrug 0,0 Mio. Euro (VJ: 2,1 Mio. Euro). Anteile an Investmentvermögen mit einem Buchwert von insgesamt 1.141,3 Mio. Euro wiesen stille Lasten in Höhe von 49,3 Mio. Euro auf. Es waren Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 146,8 Mio. Euro im Bestand, bei denen der Buchwert insgesamt um 60,5 Mio. Euro über den Zeitwerten lagen. Namensschuldverschreibungen mit einem Buchwert von insgesamt 89,0 Mio. Euro wiesen stille Lasten von insgesamt 7,1 Mio. Euro auf. Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von insgesamt 65,9 Mio. Euro wiesen stille Lasten von insgesamt 7,3 Mio. Euro auf. Auf außerplanmäßige Abschreibungen wurde verzichtet, da wegen der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit und der damit verbundenen Wertaufholung nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen wird. Durch Anwendung des § 341b Abs. 2 HGB wurden Abschreibungen in Höhe von 109,8 Mio. Euro vermieden und als stille Lasten vorgetragen.

Die fortgeführten Anschaffungskosten der Kapitalanlagen, an deren Bewertungsreserven nach den gesetzlichen Regeln die Versicherungsnehmer zu beteiligen sind, betragen am 31.12.2025 insgesamt 288,7 Mio. Euro (VJ: 242,6 Mio. Euro); der beizulegende Zeitwert betrug zum gleichen Termin 288,6 Mio. Euro (VJ: 240,5 Mio. Euro). Daraus ergibt sich ein Saldo in Höhe von -0,2 Mio. Euro (VJ: -2,1 Mio. Euro). Dieser Wert entspricht 0,2% der gesamten stillen Lasten (VJ: 1,7%).

A.II.1. Anteile an in- und ausländischen Investmentvermögen von mehr als dem zehnten Teil

in €	Anlageziel	Marktwert 31.12.2025	Zeitwertreserve 31.12.2025	Ausschüttung 2025	Marktwert 31.12.2024	Zeitwertreserve 31.12.2024	Ausschüttung 2024
Spezialfonds	auf die Bedürfnisse des einzigen Investors PRUDENTIA Pensionskasse AG ausgerichtet						
PL HAFS im Anlagevermögen	Gemischter Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt europäische Renten	538.266.588,66	-46.800.793,42	12.000.000,00	538.325.870,74	-46.741.511,34	15.519.754,66
PL HAFS im Umlaufvermögen	Gemischter Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt europäische Renten	0,00	0,00	0,00	24.185.874,52	0,00	480.245,34
Infinity FCP-RAIF SF Four	Gemischter Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Alternative Investments	472.987.330,99	-1.110.195,57	16.900.000,00	457.786.842,18	-10.610.684,38	22.191.409,71
Eternity SCS, SICAV-RAIF - Real Estate Equity V	Immobilienfondsspezialfonds	24.499.179,46	-820,54	0,00	24.260.752,95	-239.247,05	0,00
Telesto Infra Fonds S.C.A. SICAV-RAIF	Infrastrukturfonds	58.992.292,00	1.344.629,80	3.969.000,00	42.263.487,30	2.615.825,10	0,00

Eine Rückgabe der Anteile an den Fonds PL HAFS und Infinity FCP-RAIF SF Four ist jederzeit möglich.

Die Rückgabe der Anteile am Fonds Eternity SCS, SICAV-RAIF - Real Estate Equity V ist nicht möglich. Die Rückgabe der Anteile am Telesto Infra Fonds S.C.A. SICAV-RAIF ist frühestens zum 31.12.2031 mit einer Frist von sechs Monaten zum Kalenderjahresende möglich.

Für Telesto Infra Fonds S.C.A. SICAV-RAIF gibt es neben der PRUDENTIA Pensionskasse AG einen weiteren Investor.

A.II. 3. c) Übrige Ausleihungen

in €	31.12.2025	31.12.2024
Genussrechte		
Protector, Sicherungsfonds für die Lebensversicherung	1.271.566,06	1.070.485,45

C.II. Andere Vermögensgegenstände

in €	31.12.2025	31.12.2024
Vorauszahlungen auf noch nicht versicherungstechnisch abgerechnete Versicherungsleistungen	5.176.900,00	5.288.637,58

D.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

in €	31.12.2025	31.12.2024
vorausgezählte Rechnungen	628.167,26	13.288,86
Gesamt	628.167,26	13.288,86

Passiva

A.I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital betrug 4,7 Mio. Euro (VJ: 4,7 Mio. Euro). Es ist in 4.680.000 auf den Namen lautende, nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

A.II. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage betrug 18,2 Mio. Euro (VJ: 18,2 Mio. Euro).

A.III. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen betragen 0,1 Mio. Euro (VJ: 0,1 Mio. Euro).

A.IV. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn betrug 14,7 Mio. Euro (VJ: 19,7 Mio. Euro). Aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres erfolgte gemäß Beschluss der Hauptversammlung eine Ausschüttung in Höhe von 5,0 Mio. Euro an die Anteilseigner. Der restliche Betrag von 14,7 Mio. Euro wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

B.IV. Rückstellung für die Beitragsrückerstattung – brutto-

in €	31.12.2025	31.12.2024
Stand 01.01.	26.895.288,61	21.187.351,00
Zuführung im Geschäftsjahr	14.880.000,00	5.790.000,00
Entnahme im Geschäftsjahr	830.428,54	82.062,39
Stand 31.12.	40.944.860,07	26.895.288,61
davon entfallen auf:		
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	948.000,00	889.000,00
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beiträge zur Beteiligung der Versicherungsnehmer an Bewertungsreserven	0,00	0,00
- mehrjährig gebunden	0,00	0,00
- den ungebundenen Teil der RfB	39.996.860,07	26.006.288,61

C.I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 S. 1 HGB zum 31.12.2025 betrug 16.921 Euro (VJ: 8.104 Euro). Dieser unterliegt nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht einer Abführungssperre.

C.II. Sonstige Rückstellungen

in €	31.12.2025	31.12.2024
Jahresabschlusskosten	97.600	89.250
Sonstige nicht versicherungstechnische Rückstellungen	125.124	143.500
Gesamt	222.724	232.750

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden für ausstehende Rechnungen von 0,1 Mio. Euro und Aufwendungen für Jahresabschlusskosten von 0,1 Mio. Euro gebildet.

E.I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

In den Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern sind verzinslich angesammelte Überschussanteile von 1,2 Mio. Euro (VJ: 1,3 Mio. Euro) enthalten.

Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

I.1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

Die Beiträge wurden im Inland erwirtschaftet.

in €	2025	2024
a) Gebuchte Beiträge		
aa) Einzelversicherungen	0,00	0,00
bb) Kollektivversicherungen	15.176.424,73	10.598.331,26
Gesamt	15.176.424,73	10.598.331,26
b) Gebuchte Beiträge untergliedert nach		
aa) laufenden Beiträgen	5.747.697,73	6.659.627,36
bb) Einmalbeiträgen	9.428.727,00	3.938.703,90
Gesamt	15.176.424,73	10.598.331,26

I. 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen 73,9 Mio. Euro (VJ: 68,9 Mio. Euro). Diese bestehen im Wesentlichen aus Zahlungen für Versicherungsfälle von 68,2 Mio. Euro (VJ: 68,3 Mio. Euro).

I. 7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen

Die Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen betragen 14,9 Mio. Euro (VJ: 5,8 Mio. Euro).

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 b RechVersV (- = Ertrag / + = Aufwand) beträgt -5,5 Mio. Euro (VJ: -5,7 Mio. Euro).

Direktgutschrift

Eine Direktgutschrift wurde nicht gewährt.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

II. 1. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge betragen 0,1 Mio. Euro (VJ: 0,2 Mio. Euro). Diese resultieren im Wesentlichen aus Zinserträgen aus Bankguthaben.

II. 2. Sonstige Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen betragen 0,8 Mio. Euro (VJ: 0,8 Mio. Euro). Diese resultieren im Wesentlichen aus Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro, Aufwendungen für Abschlussprüfung in Höhe von 0,1 Mio. Euro sowie Aufwendungen für Beratung von 0,1 Mio. Euro

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

in €	2025	2024
selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3. Löhne und Gehälter	-13.384,00	-13.551,00
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0,00	0,00
5. Aufwendungen für Altersversorgung	36.396,53	4.442,27
Gesamt	23.012,53	-9.108,73

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr waren wie im Vorjahr keine Mitarbeiter beschäftigt.

Bezüge

Der Vorstand wird durch die Frankfurter Leben Holding GmbH & Co. KG vergütet. Es wurden 0,04 Mio. Euro umgelegt. Die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder beliefen sich im Geschäftsjahr auf 0,03 Mio. Euro (VJ: 0,03 Mio. Euro).

Organe

Dem Vorstand gehörten folgende Personen an:

Bernd Neumann, Geschäftsbereich Finance, Chief Financial Officer (CFO)
Lars Krug, Geschäftsbereich IT, Chief Technology Officer (CTO)
Dr. Peter-Henrik Blum-Barth, Geschäftsbereich Kapitalanlagen, Chief Investment Officer (CIO)

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Christian Wrede (Vorsitzender) – Geschäftsführender Gesellschafter
Prof. Dr. Kurt Wolfsdorf (stellv. Vorsitzender) – Unternehmer
Georg Mehl – Unternehmer
Yan Ally Tang - Insurance and Bank Committee CRO der FOSUN Gruppe

Konzernzugehörigkeit

Mutterunternehmen im Sinne des § 285 Nr. 14 HGB ist die Taunus Insurance Opportunities S.C.S., Munsbach, Luxemburg. Unmittelbares Mutterunternehmen ist die Plato Life Management & Service GmbH & Co. KG, Grünwald, die zum Bilanzstichtag 100% (VJ: 100%) der Anteile an der PRUDENTIA Pensionskasse AG hält. Der Jahresabschluss der PRUDENTIA Pensionskasse AG wird in den Konzernabschluss der Taunus Insurance Opportunities S.C.S. einbezogen. Die Taunus Insurance Opportunities S.C.S., Luxemburg, stellt den Konzernabschluss für den größten Konsolidierungskreis auf. Der Konzernabschluss der Taunus Insurance Opportunities S.C.S. wird im deutschen Unternehmensregister veröffentlicht.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Honorar für Abschlussprüfung wird im Konzernabschluss der Taunus Insurance Opportunities S.C.S. angegeben. Neben der Abschlussprüfung hat der Abschlussprüfer weitere gesetzliche bzw. aufsichtsrechtliche Prüfungen vorgenommen. Dies betrifft die Prüfung der Angaben nach § 7 SichLV.

Angaben nach Art. 7 Taxonomie-Verordnung

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Globale Mindeststeuer

Am 27.12.2023 trat das Gesetz zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für Unternehmensgruppen (Mindeststeuergesetz – MinStG) in Kraft. Es soll eine effektive Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen in Höhe von 15% sicherstellen, unabhängig davon in welchen Ländern diese Gewinne angefallen sind. Wird diese effektive Steuerlast nicht bereits durch die Anwendung der weiterhin gültigen nationalen steuerlichen Vorschriften erreicht, wird eine Ergänzungssteuer erhoben. Das Gesetz ist seit dem Geschäftsjahr 2024 anzuwenden und hat keine Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2025.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 14.728.035,66 Euro insgesamt 10.000.000,00 Euro an die Anteilseigner auszuschütten und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die PRUDENTIA Pensionskasse AG ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährlich Beiträge von maximal 0,2 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen bis ein Sicherungsvermögen von 1 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Hieraus ergeben sich für die Gesellschaft keine zukünftigen Verpflichtungen.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 Promille der gewichteten Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 1,0 Mio. Euro (VJ: 1,1 Mio. Euro).

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1% der gewichteten Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 10,0 Mio. Euro (VJ: 11,2 Mio. Euro). Mit einer Inanspruchnahme ist derzeit nicht zu rechnen.

Die PRUDENTIA Pensionskasse AG ist bei Alternativen Investment Fonds Investitionsverpflichtungen in Höhe von 39,2 Mio. Euro (VJ: 57,3 Mio. Euro) eingegangen.

Die gesamten finanziellen Verpflichtungen für das Geschäftsjahr 2025 betragen somit 50,2 Mio. Euro (VJ: 69,6 Euro).

Bad Homburg v. d. Höhe, den 16.03.2026

Der Vorstand

Bernd Neumann

Lars Krug

Dr. Peter-Henrik Blum-Barth

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PRUDENTIA Pensionskasse AG, Bad Homburg v. d. Höhe

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PRUDENTIA Pensionskasse AG, Bad Homburg v. d. Höhe, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der PRUDENTIA Pensions-kasse AG, Bad Homburg v. d. Höhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handels-rechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwick-lung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ord-nungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unter-nehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen An-forderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- den Bericht des Aufsichtsrats,
- alle übrigen Teile des Geschäftsberichts,
- aber nicht den Jahresabschluss, nicht die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungs-handlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives

Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.
- Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 17. März 2026

Deloitte GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Rouven Schmidt
Wirtschaftsprüfer

gez. Manfred Schneider
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsleitung im Geschäftsjahr 2025 entsprechend der nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben laufend überwacht.

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres in 3 Sitzungen und regelmäßig außerhalb der Sitzungen beraten. In der ersten Sitzung des Jahres befasste sich der Aufsichtsrat mit dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024. In dieser Sitzung nahmen der Abschlussprüfer und der Verantwortliche Aktuar teil. Der Aufsichtsrat billigte in dieser Sitzung den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024. Somit wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2024 gem. § 172 AktG festgestellt. In den folgenden Sitzungen beschäftigte sich der Aufsichtsrat fortlaufend mit der finanziellen Entwicklung und der Solvabilitätsausstattung der Gesellschaft. Zudem hat sich der Aufsichtsrat mit der Kontrolle und Überwachung der ausgelagerten Dienstleistungen beschäftigt. Darüber hinaus informierte der Vorstand regelmäßig über die aufsichtsrechtlich notwendige Berichterstattung. Weiterhin hat sich der Aufsichtsrat mit Vorstandsangelegenheiten beschäftigt. In der letzten Sitzung des Jahres 2025 hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Michael Weik-Kochanski mit Wirkung zum 01.01.2026 zum Verantwortlichen Aktuar bestellt. Der Aufsichtsrat dankt Frau Annette Oppermann, die bis zum 31.12.2025 Verantwortliche Aktuarin war.

Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss eingerichtet, dem alle Mitglieder des Aufsichtsrates angehören. Dieser hat einmal getagt. In dieser Sitzung hat sich der Prüfungsausschuss mit der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und der Internen Revision beschäftigt. Die Wirksamkeit wurde als angemessen erachtet.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und der Lagebericht wurde durch die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Es wurden keine Beanstandungen erhoben, sodass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers sofort erhalten. An der Sitzung des Aufsichtsrats vom 31.03.2026 hat der Abschlussprüfer teilgenommen und von den wesentlichen Ergebnissen seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat sich mit Jahresabschluss und dem Bericht des Abschlussprüfers eingehend befasst und diesen zustimmend zur Kenntnis genommen. In der Sitzung vom 31.03.2026 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2025 gebilligt und damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat

ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG 2026 (Abweichende Vorjahreswerte in Klammern)

Laufende Überschussbeteiligung

Die Zinsüberschussanteile betragen in 2026:

Gewinn- verband	Tarif- gruppe	Tarifnamen	tariflicher Rechnungs- zins	Versicherungsbeginn	lfd. Überschuss bez. auf überschussberecht. Deckungsrückstellung		
1	A	GRP	3,75%	bis 30.06.00	0,00%		
		GRU	3,75%	bis 30.06.00	0,00%		
			3,25%	01.07.00 - 31.12.03	0,00%		
1	B	RT3G, RT4(W), GRR, GRR-AG, GRR-AN, GRR-Rie, GR65	3,25%	01.07.00 - 31.12.03	0,00%		
			2,75%	01.01.04 - 31.12.04	0,00%		
			2,75%	01.01.05 - 31.12.06	0,00%		
			2,25%	01.01.07 - 31.12.11	0,50%		
			1,75%	01.01.12 - 31.12.14	1,00%		
			1,25%	01.01.15 - 31.12.16	1,50%		
			0,90%	01.01.17 - 31.12.21	1,85%		
			0,25%	ab 01.01.22	2,50%		
			0,25%	ab 01.01.22	2,50%		
		RT1G, RT2G	4,00%	bis 30.06.00	0,00%		
			3,25%	01.07.00 - 31.12.03	0,00%		
			2,75%	01.01.04 - 31.12.04	0,00%		
			2,75%	01.01.05 - 31.12.06	0,00%		
			2,25%	01.01.07 - 31.12.11	0,50%		
			1,75%	01.01.12 - 31.12.14	1,00%		
			1,25%	01.01.15 - 31.12.16	1,50%		
			0,90%	01.01.17 - 31.12.21	1,85%		
			0,25%	ab 01.01.22	2,50%		
			AV2(W/G), AV4(W/G)	2,75%	01.01.05 - 31.12.06	0,00%	
				2,25%	01.01.07 - 31.12.11	0,50%	
				1,75%	01.01.12 - 31.12.14	1,00%	
				1,25%	01.01.15 - 31.12.16	1,50%	
				0,90%	01.01.17 - 31.12.21	1,85%	
				0,25%	ab 01.01.22	2,50%	
				Z, ZU, U	2,25%	01.01.07 - 31.12.11	0,50%
					1,75%	01.01.12 - 31.12.14	1,00%
					1,25%	01.01.15 - 31.12.16	1,50%
0,90%	01.01.17 - 31.12.21	1,85%					
0,25%	ab 01.01.22	2,50%					
1	C	GR	3,75%		bis 30.06.00	0,00%	
			3,25%		01.07.00 - 31.12.03	0,00%	
			3,75%		bis 30.06.00	0,00%	
2	ER	3,75%	bis 30.06.00		0,00%		
3	GK	4,00%	bis 30.06.00	0,00%			
4	GRA, GRA-RE, GRB, GRB-RE	2,75%	01.07.00 - 31.12.03	0,00%			
		2,75%	01.01.04 - 31.12.04	0,00%			
		2,75%	01.01.05 - 31.12.06	0,00%			
		2,25%	01.01.07 - 31.12.11	0,50%			
		1,75%	01.01.12 - 31.12.14	1,00%			
		1,25%	01.01.15 - 31.12.16	1,50%			
		0,90%	01.01.17 - 31.12.21	1,85%			
		0,25%	ab 01.01.22	2,50%			
		0,25%	ab 01.01.22	2,50%			
5	P2(W/G), P4(W/G)	3,25%	01.07.00 - 31.12.03	0,00%			
		3,25%	01.01.04 - 31.12.04	0,00%			
6	EU2(W/G), EU4, EUZ	1,25%	01.01.15 - 31.12.16	1,50%			
		0,90%	01.01.17 - 31.12.21	1,85%			
		0,25%	ab 01.01.22	2,50%			

Die gesamte Überschussbeteiligung wird grundsätzlich der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Gemäß § 153 VVG sind Versicherungsnehmer mit überschussberechtigten Verträgen an den Bewertungsreserven zu beteiligen. Hierzu werden die Bewertungsreserven einmal jährlich (gesondert für die Beteiligung bei Ablauf einer Versicherung und in der Rentenbezugszeit) ermittelt und der auf die einzelnen Verträge entfallende Anteil nach einem verursachungsorientierten Verfahren zugeordnet. Bei Fälligkeit der Versicherungsleistung wird der so ermittelte Betrag zur Hälfte zugeteilt.

Bewertungsreserven entstehen, wenn die Zeitwerte der überschussberechtigten Kapitalanlagen über den entsprechenden Bilanzwerten liegen. Voraussetzung für die Beteiligung ist insbesondere, dass sich für die Kapitalanlagen am maßgebenden Stichtag positive Bewertungsreserven ergeben. Von der Hälfte der am jeweils maßgebenden Bewertungsstichtag festgestellten Bewertungsreserven wird der Teilbetrag ermittelt, der auf den Bestand an Versicherungen entfällt, für die ein Anspruch auf die Beteiligung an den Bewertungsreserven besteht. Außerdem erfolgt gemäß LVRG die Beteiligung an Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen und Zinsabsicherungsgeschäften nur soweit sie einen Sicherungsbedarf aus den Verträgen mit Zinsgarantie übersteigen.

Bezüglich der laufenden Renten erfolgt eine Deklaration zur Erhöhung des Zinsüberschussatzes für ein Geschäftsjahr auf Basis des Durchschnittes der Bewertungsreserven des Vorjahres.

Verzinsliche Ansammlung der Überschussanteile

Die angesammelten Überschussanteile werden für alle Tarifgenerationen jährlich mit 2,75% (VJ: 2,75%) verzinst.